

**Zeitschrift:** Wohnen  
**Herausgeber:** Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger  
**Band:** 22 (1947)  
**Heft:** 7

**Vereinsnachrichten:** Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (VSK)

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Schweizerische Familienschutzkommission und die Wohnungsfrage

Die Schweizerische Familienschutzkommission, die im Auftrag der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft das Problem des Familienschutzes laufend bearbeitet, nahm in ihrer letzten Sitzung ein Referat von Herrn Stadtrat J. Peter, Zürich, entgegen über die «Förderung des Wohnungswesens in Gegenwart und Zukunft». An das mit großem Interesse angehörte Referat schloß sich eine eifrige Diskussion, die zu folgendem Beschluß führte:

«Die Schweizerische Familienschutzkommission hat nach einem Referat von Stadtrat J. Peter, Zürich, Beauftragter des Bundesamtes für Sozialversicherung,

mit größter Genugtuung von der Anhandnahme der Vorarbeiten für ein Bundesgesetz über Wohnungshilfe für die Familie Kenntnis genommen. Sie dankt dem Bundesamt für Sozialversicherung für sein initiatives Vorgehen und drückt die Hoffnung aus, daß die Vorarbeiten möglichst rasch gefördert und bald zu einem guten Ende gebracht werden können. Sie hält indessen dafür, daß das Problem der Wohnungshilfe eng mit demjenigen der Familienzulagen verknüpft ist, und bittet daher die zuständigen Instanzen, die letztere Frage in die vorliegenden Untersuchungen einzu-beziehen.»

## Amtliche Bestätigung der erfolgreichen Sicherstellung des Wohnungsbaues

Die Kommission für Konjunkturbeobachtung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements berichtet in ihrer Mitteilung Nr. 75 über die Wirtschaftslage im ersten Quartal 1947 unter anderm:

«Die Wohnungsproduktion im Jahre 1946 belief sich in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern auf 12 929 Neubauwohnungen. Sie übertraf damit alle Jahresergebnisse seit 1935 und stand um 34 Prozent höher als im Vorjahre (9649). Die Zunahme erstreckte sich auf alle Ortsgrößenklassen, war aber in der Großstadtgruppe weitaus am geringsten (+ 6,2 Prozent). Die Zahl der in den von der Statistik der Wohnbautätigkeit erfaßten Gemeinden neuerstellten Wohnungen allein erreichte also schon das vom Schweiz. Gewerbeverband

und vom Schweiz. Baumeisterverband garantierte Ergebnis von 13 000 Neubauwohnungen; die gesamtschweizerische Wohnbautätigkeit des Jahres 1946 wird vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung sogar auf 14 500 Wohnungen geschätzt.

Der Zugang an Baubewilligungen, der halbjährlich in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern erhoben wird, ging 1946 mit 21 161 Wohnungen um 3,2 Prozent über das bisher als höchstes ermittelte Jahresergebnis von 1931 (20 495) hinaus. Er übertraf die Vorjahresziffer (13 333) um 58,7 Prozent, wobei der Anstieg in der Gruppe der Großstädte (+ 20 Prozent) weit weniger ausgeprägt war als in den übrigen Städten (+ 64,7 Prozent) und den Landgemeinden (+ 100,3 Prozent).»  
(Aus «Hoch- und Tiefbau»)

## AUS DER GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

---

### Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (VSK)

Zu der Delegiertenversammlung des VSK im Zürcher Kongreßhaus konnte der Vorsitzende, Nationalrat *J. Huber*, am Samstagmorgen Bundesrat von Steiger als Vertreter des Bundesrates sowie Vertreter des Regierungsrates und des Stadtrates von Zürich und einer Reihe von Genossenschaftsorganisationen von England, Schweden, Dänemark, Österreich, China, wie auch solcher verschiedener schweizerischer verwandter Verbände willkommen heißen. Im ganzen wohnten der Delegiertenversammlung an die 1000 Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler aus allen Teilen der Schweiz bei. In seiner Eröffnungsansprache gedachte der Vorsitzende zuerst der beiden im Berichtsjahre verstorbenen prominenten Genossenschaftler alt Ständerat E. Rudin und alt Nationalrat Dr. O. Schär. Der *Wiederaufbau der Welt* – so betonte der Sprechende – wird mit den gleichen Mitteln und dem gleichen

Geist versucht, wie das vor dem Kriege der Fall war. Wenn wir die Welt nicht in einem andern Geiste aufzubauen wissen, dann haben wir Anlaß zur Resignation, ja zur Verzweiflung. Es fehlt zwar nicht auch an tröstlichen Anzeichen. Überall in Europa machen sich die kleinen Leute ans Werk – nachdem die «Großen» weitgehend versagen –, um auf dem Wege der Genossenschaft an einen Neuaufbau zu gehen. In dem Maße, in dem die Völker ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, in dem Maße wird der Friede gesichert sein. Jeder Einzelne muß das Bewußtsein in sich tragen, daß der Aufbau der neuen Welt seine eigene Sache ist.

Bundesrat von Steiger überbrachte die Grüße des Bundesrates und Glückwünsche für das Wirken der Genossenschaft. In der mit großem Beifall aufgenommenen Rede, die eingangs eine ausführliche Würdigung der wirtschaftlichen Be-

deutung der Konsumgenossenschaften enthielt, wies der Vertreter des Bundesrates darauf hin, daß die Leiter des VSK für das Nebeneinander im wirtschaftlichen Wettbewerb Verständnis gezeigt haben und «bei allem entschlossenen Kampf immer eine anständige und loyale Haltung einzunehmen wußten». Auf die Wirtschaftsartikel zu sprechen kommend, betonte der Redner, «daß die vollständig uneingeschränkte rein liberale Wirtschaftsordnung der Jahre 1848 und 1874 heute nicht mehr Bestand haben kann. Es ist nach meiner Überzeugung von großer Bedeutung, daß gerade die Genossenschaften als Organisation gegenseitiger Hilfe in der Wirtschaft dazu berufen sind, auch in der Zukunft eine bedeutende Rolle zu spielen, und daß der Bund bei der Gesetzgebung ihre Entwicklung gewährleistet. – Wirtschaftliche Probleme und soziale Aufgaben werden auch dann noch in Fülle zu lösen sein, wenn beide Vorlagen vom 6. Juli 1947 angenommen werden, bilden doch die Wirtschaftsartikel nur die verfassungsmäßige Grundlage und löst die Alters- und Hinterbliebenenversicherung nicht die sozialen Probleme der Jungen und Werktätigen. – Dem VSK ist zu wünschen, daß er in seiner weiteren Fortentwicklung eine der *zuverlässigsten Stützen unserer Volkswirtschaft* bleiben möge. Der genossenschaftliche Gedanke ist altschweizerisches Gedankengut. Wir können uns die heutige Schweiz ohne Genossenschaften nicht denken.»

Nach den Ansprachen von Nationalrat Dr. Spühler im Namen von Kanton und Stadt Zürich, der Vertreterin des Internationalen Genossenschaftsbundes, London, Miß Polley, sowie von Vertretern ausländischer Genossenschaftsverbände wurde Professor *Fr. Frauchiger*, Zürich, zum Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.

In der Nachmittagssitzung wurden *Jahresbericht* und *Jahresrechnung* des VSK einstimmig angenommen. In seinen Ausführungen hierzu wies der Präsident der Verbandsdirektion, Dr. Max *Weber*, darauf hin, «daß es noch sehr lange dauern wird, bis in Europa einigermaßen normale Zustände geschaffen werden können. Unsere Konsumenten, die oft ungeduldig werden, wenn irgendein Artikel im Laden nicht erhältlich ist, sollten sich das vor Augen halten und sich bewußt sein, daß sie sehr viel besser gestellt sind als sämtliche andern Völker Europas. – Die Kaufkraft unseres Volkes ist dank der außerordentlich guten Beschäftigung und der verbesserten Einkommensverhältnisse erheblich gestiegen und dürfte auch real, das heißt unter Berücksichtigung der Teuerung, den Vorkriegsstand überschritten haben. – Die Verbandsleitung

befindet sich, wie auch die Verwalter der Vereine, in einem ständigen Kampf mit den Unkosten. Eine Verteuerung der Warenvermittlung würde eine vermehrte Belastung unserer Volkswirtschaft bedeuten und muß daher verhindert werden. – Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder hat gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von 8000 erfahren und erreicht über 489 000. – Wir möchten warnen davor, daß man sich durch die gegenwärtige außerordentlich gute Konjunktur zu einer unbedachten Expansion verleiten läßt. Die ersten Anzeichen einer Konjunkturwende, die namentlich auch eine rückläufige Preisentwicklung zur Folge haben wird, sind seit einigen Monaten in den Vereinigten Staaten zu beobachten. – Es kann festgestellt werden, daß von einer übermäßigen Expansion der Genossenschaften keine Rede ist. Die Zunahme der Privatläden war sehr viel größer, und wenn der Gewerbeverband auf unsere Vorschläge eingegangen wäre, in seinem Bereich eine Kontrolle und eine Regelung der neu zu errichtenden Läden an die Hand zu nehmen, so wäre eine volkswirtschaftlich vernünftige Lösung zustande gekommen.»

Einmütig erhob die Delegiertenversammlung schärfsten *Protest gegen die besondere Belastung der genossenschaftlichen Rückvergütung* im Rahmen der zusätzlichen Wehrsteuer.

Zu einer lebhaften Diskussion führte der Antrag der Verbandsbehörden zur *Revision der Wirtschaftsartikel*. Mit Rücksicht auf die mit dem Filialverbot, der Ausgleichsteuer und der genossenschaftlichen Sondersteuer gemachten Erfahrungen, aber auch in Würdigung der positiven Seite der Wirtschaftsartikel und der geteilten Auffassungen in Genossenschaftskreisen kam die Delegiertenversammlung mit überwältigendem Mehr zu dem Entscheid, zur Abstimmung über die neuen Wirtschaftsartikel *keine Parole* auszugeben.

Vollkommen geschlossen war die Delegiertenversammlung in der überzeugten Unterstützung der *Alters- und Hinterbliebenenversicherung*, für die sich die Konsumgenossenschaften mit allen Kräften einsetzen werden. Einmütige Billigung fand die Eingabe der Direktion des VSK an das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement zur Bundesfinanzreform. Sie enthält die Erwartungen, daß sämtliche dem täglichen Bedarf dienenden Lebensmittel durch Erweiterung der Freiliste von der Warenumsatzsteuer befreit werden, die alkoholfreien Obstsäfte keiner Besteuerung unterworfen werden und die Ausgleichsteuer aufgehoben wird.

Um das Mitspracherecht der Frauen in den Verbandsbehörden zu erweitern, wurde Frau Rosa Münch, Basel, in den Verwaltungsrat des VSK gewählt.

r.

## Kurs für Studienzirkel-Leiter

Wenn unsere Konsumgenossenschaftsbewegung so groß geworden ist und vor allem die Stürme mannigfacher Art in den letzten Jahren so sicher überstanden hat, so ist das in maßgebender Weise auch dem starken Fundament zu verdanken, das ihr in der Treue und der Überzeugung unzähliger Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler gegeben ist. Jede Unterlassung in der Förderung der geistigen, der ideellen Kräfte rächt sich deshalb an der Gesamtbewegung sowohl wie besonders fühlbar auch an der einzelnen Genossenschaft. Die Studienzirkel sind ein wirksames Mittel, um für unsere edle Sache zu aktiver Mitarbeit bereite, der genossenschaftlichen Aufgabe ergebene Menschen zu gewinnen.

Außerordentlich wichtig sind jedoch tüchtige, kundige Leiter. Mögen sehr viele Verbandsvereine in der Lage sein, zur Leitung von Studienzirkeln fähige, bewährte Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler an den

*Studienzirkel-Leiterkurs vom 21. bis 26. Juli*

am Genossenschaftlichen Seminar im Freidorf zu delegieren. Das vollständige Programm und die außerordentlich vorteilhaften Aufenthaltsbedingungen im Freidorf sind im «Bulletin» Nr. 107 mitgeteilt worden und sind auch direkt von der Seminarleitung zu erfahren. Wer sich frühzeitig anmeldet, dem kann das für die Beteiligung am Kurs grundlegende Material sofort zugestellt werden.